



Presseinformation

25. Januar 2008

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, 27 Januar:

Öffnung der Pflegeversicherung für Überlebenden der Shoah und der NS-Konzentrationslager

Lagergemeinschaft Auschwitz appelliert an Bundesfinanzminister Steinbrück

Eine Öffnung der deutschen Pflegeversicherung für alle Überlebenden der Shoah und der NS-Konzentrationslager hat die *Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzer (LGA)* gefordert.

In einem Brief des Vereins an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 heißt es:

„Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebensabends der Überlebenden des Nazi-Terrors bleibt die dauernde Verpflichtung aller Deutschen und ihrer Regierung. Die Lebenslage vieler Überlebender des Holocausts und der NS-Konzentrationslager ist von Armut, Hilflosigkeit und Resignation gekennzeichnet. Das weiß unsere Lagergemeinschaft aus unseren regelmäßigen Kontakten mit den Überlebenden in Israel, den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Vereinigten Staaten“.

Hier müsse schnell und unmittelbar geholfen werden. Eine Öffnung der deutschen Pflegeversicherung für die Überlebenden könne hier kurzfristig und sachgerecht Abhilfe schaffen, erklärte der Sprecher für Entschädigungsfragen der *Lagergemeinschaft*, Lothar Evers, vor der Presse in Frankfurt am Main. Die *Lagergemeinschaft* fordert das Bundesfinanzministerium und die Bundesregierung auf, diesen Vorschlag kurzfristig zu prüfen und mit den Organisationen der Überlebenden in Verhandlungen einzutreten.

In einer weiteren Passage des Briefes bittet die *Lagergemeinschaft* Bundesfinanzminister Steinbrück, die Kommunikationspolitik zu Wiedergutmachungsfragen grundlegend zu ändern:

„Leider hat sich das BMF angewöhnt, Zahlen zur Entschädigung von NS-Unrecht an die Bevölkerung fast ausschließlich als kumulierte Summe seit 1945 zu kommunizieren. Das geschieht bei keiner anderen Position öffentlicher Haushalte.

Diese Abweichung kann nur ein einziges Ziel haben:

Ausgaben höher erscheinen zu lassen, als sie es in Wirklichkeit sind. Damit wird ein Image der ‚unersättlichen‘ Überlebenden gefördert, wenn nicht gar das alte NS-Stereotyp vom ‚raffenden Juden‘ bedient. Bitte stoppen Sie, sehr geehrter Herr Steinbrück, diese Form der Kommunikation für alle Zukunft!

Kommunizieren Sie Beträge zur Entschädigung wie alle anderen Zahlen Ihres Bundeshaushalts auch: als jährliche Ausgaben, wenn nötig im mehrjährigen Vergleich. Dann würde deutlich, dass wegen der hohen Sterberate der NS-Verfolgten die Ausgaben für Entschädigungsrenten jährlich sinken - also selbst bei einem Einfrieren der entsprechenden Haushaltspositionen erweiterte Leistungen finanzierbar werden.“

Frankfurt am Main, den 25. Januar 2008

Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzler (LGA)

Lothar Evers

Rückfragen: 0179 4975262